

KÖLNER MITGLIEDERRUNDBRIEF

NR. 223 • März 2011

MACH ET

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

KREISVERBAND KÖLN



Kontroverse Godorfer Hafen

**Mitglieder-
versammlung
Montag,
4. April**

**Godorfer Hafen:
Bürgerbegehren
steht bevor**
Seite 5

**Gemeinschaftsschulen:
Nächstes Schuljahr
zwei in Köln**
Seite 7

**Aktuelle Themen zum
100. Internationalen
Frauentag**
Seite 9



EDITORIAL

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir geben zu, angesichts der aktuellen Ereignisse in Japan, der vielen Toten durch das Erdbeben und den Tsunami sowie angesichts des GAUs im Atomkraftwerk Fukushima, muten unsere Kölner Themen doch etwas klein an und wird manch Auseinandersetzung wieder auf den sachlichen Boden der Tatsachen zurückgeholt.

Diese Ausgabe der „Mach Et“ wartet mit unterschiedlichsten Themen auf: Das „brennendste“ ist sicherlich der Godorfer Hafen und die durch den Ratsbeschluss vom 1. März ins Haus stehende Bürgerbefragung pro oder kontra Hafenausbau (S. 4f). Bewegendes Thema der letzten Monate war aber auch die Genehmigung zweier Gemeinschaftsschulen in Köln (S. 7), hier zeigt unser Landesvorsitzender Sven Lehmann, dass dieser Schulversuch den „Nerv vieler Eltern“ getroffen hat. Unser Bundestagsabgeordneter Volker Beck stellt dar, warum die Gleichstellung von Schwulen und Lesben unter Schwarz-Gelb vorurteilsbeladen wie nie komplett zum Stillstand gekommen ist (S. 6) und wer immer schon wissen wollte, was es mit dem Landschaftsverband Rheinland (LVR) auf sich hat, findet im Heft einen ausführlichen Hintergrundartikel (S. 8). Ansonsten bieten wir Euch anlässlich des 100. Internationalen Frauentags, der dieses Jahr gefeiert wird, auf der Frauenseite einiges an Informationen (S. 9).

Gesondert hinweisen möchten wir Euch auf die Einladung zur Mitgliederversammlung der Kölner GRÜNEN am 4. April. Merkt Euch den Termin bitte vor!

Ansonsten fühlen wir mit den Menschen in Japan und hoffen, dass der Atomausstieg kurz bevor steht, dass es in NRW keine Neuwahlen gibt und wünschen Euch allen nicht zuletzt frohe Ostern!

Es grüßt Euch herzlich

Die „Mach Et“-Redaktion
Christian, Christiane, Fergal, Judith und Marion

IMPRESSUM

Die Mach Et ist das offizielle Magazin der Kölner GRÜNEN und wird ehrenamtlich erstellt. Sie erscheint viermal im Jahr. Gedruckt auf Recyclingpapier. Auflage 1.700

Anschrift: Redaktion Mach Et, c/o KV-Büro Ebertplatz 23, 50668 Köln, Ebertplatz 23, 50668 Köln
☎ 0221-9727888 ☒ 0221-9727889
✉ mach-et@gruenekoeln.de
www.gruenekoeln.de

V.i.S.d.P.: Christian Schirmer
Redaktion: Marion Lüttig (mlu) (CvD), Judith Hasselmann (jh), Christiane Martin (cma), Christian Schirmer (cs), Fergal Treanor (fh)

Layout: Dietmar Putscher
Titelbild: Dietmar Putscher (Geisterzug 2011)
Druck: Moosdruck, Leverkusen
Preis: 1 €, Mitglieder kostenlos

Die Artikel spiegeln die Meinung des/der jeweiligen AutorIn wieder und nicht unbedingt die der Redaktion oder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, KV Köln. Unverlangt eingesandte Manuskripte nehmen wir gerne entgegen. Haftung wird nicht übernommen. Die Redaktion behält sich vor, eingesandte Beiträge zu kürzen.

INHALT

KREISVERBAND

Bericht des Kreisvorstands	3
Einladung zur Mitgliederversammlung	3

GODORFER HAFEN

Geschichte des Streits um den Hafenausbau	4
Bürgerbefragung – genau jetzt!	5
Bürgerbefragung zum falschen Zeitpunkt	5

BUND

Schwarz-gelbe Gleichstellungspolitik? Stillstand und Vorurteile!	6
--	---

BILDUNG

Gemeinschaftsschule = Bildungschancen + wohnortnahes Schuangebot	7
--	---

LVR

LVR: Der große Unbekannte	8
---------------------------	---

FRAUEN

Frauenrechte und Weltfrieden	9
EU-Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene	9

DEBATTE

Konsequent Menschenrechte fordern: Schluss mit der faulen „Realpolitik“	10
---	----

GRÜNE JUGEND

Die GRÜNE Jugend begrüßt Dogan Akhanli	11
Frauen, bildet Frieden!	11

KURZ NOTIERT

Nachrichten	12
-------------	----

ARBEITSKREISE

AK Ökologie	13
AK Kultur & Medien	13

MACHETE

Personalentwicklungskommission: Teile und herrsche!	14
Moralapostel: MachEt im Kühlschrank	14

SERVICE

Adressen	15
Termine	16

Liebe Kölner GRÜNE,

„Das fängt ja gut an ...“ – so war die erste E-Mail des Jahres von unserem Mitgliederbetreuer Kevin Liebig aus der Kreisgeschäftsstelle überschrieben. Und dem können wir nur beipflichten: Wir sind mit rund 950 Mitgliedern in das neue Jahr gestartet und es werden ständig mehr. Die 1.000er-Schallgrenze rückt also rasant näher!

Der stetige Mitgliederzuwachs ist auch ein wichtiger Grund für die jüngsten Entwicklungen im „Management“ des Kreisverbands. Zum einen haben wir uns nach dem Weggang unseres ehemaligen Wahlkampfmanagers Marc Schulz entschlossen, ab Januar 2011 die Stelle von Kevin aufzustoßen. Neben vielen anderen Aufgaben widmet sich Kevin insbesondere der Betreuung unserer wachsenden Mitgliederschar.

Zum anderen wurde auf der letzten Kreismitgliederversammlung am 17. Januar die Vergrößerung des Kreisvorstandes um zwei weitere BeisitzerInnen beschlossen. Die Wahl dazu findet auf der nächsten Kreismitgliederversammlung am 4. April statt – Bewerbungen sind herzlich willkommen! Damit sind wir für alte und neue Aufgaben in einem wachsenden Kreisverband noch besser gerüstet.

Und wir haben uns viel vorgenommen. Denn es geht noch GRÜNER! In den nächsten Monaten werden wir unter anderem ...

■ ... uns weiter um die nachhaltige Einbindung von Neumitgliedern kümmern. Unsere Einsteigerveranstaltung „Wer wir sind & was wir wollen“ ist nach wie vor sehr gut besucht und wird von zwei Vorstandsmitgliedern im Wechsel sowie Gästen aus verschiedenen Bereichen der Partei betreut. Seit Kurzem verstärkt uns dabei regelmäßig ein Vorstandsmitglied der GRÜNEN Jugend. Insbesondere wollen wir uns zukünftig auch stärker mit der weiteren Entwicklung der Neumitglieder beschäftigen und eine „Folgebetreuung“ nach ein bis zwei Jahren Mitgliedschaft anbieten. Daneben werden weitere Personalentwicklungsthemen nach wie vor eine wichtige Rolle spielen.

■ ... die räumliche Situation unserer Kreisgeschäftsstelle verbessern. Mit einem Vermieterwechsel am Ebertplatz hat sich schon einiges zum Positiven geändert. Bis zur perfekten Geschäftsstelle mit „Wohlfühleffekt“ ist es aber noch



Foto: privat

ein weiter Weg und möglicherweise ist dazu ein Umzug notwendig.

■ ... Anschlussveranstaltungen zu der im November letzten Jahres gestarteten Inhaltsoffensive „Köln wird GRÜN“ auf den Weg bringen. Die gemeinsam mit der SPD organisierte Podiumsdiskussion am 7. Februar hat hier thematisch an das GRÜNE Projekt Gemeinschaftsschule angeknüpft. Der neu gegründete Partei-Arbeitskreis Ökologie ist im Umfeld des zweiten Schwerpunkts „Ökologischer Aufbruch“ entstanden und wird die Aktivitäten im GRÜNEN Kernthema verstärken.

Der frische Schwung des neuen Jahres wurde jedoch recht abrupt durch ein unliebsames Thema unterbrochen. Der Ausbau des Godorfer Hafens ist erneut und zu einem sinnlosen Zeitpunkt auf die politische Agenda Kölns getreten – vor der noch ausstehenden Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes zum Planfeststellungsverfahren und bevor die Erkenntnisse aus dem vom Kölner Rat beauftragten Regionalen Logistikkonzept vorliegen.

Trotzdem bietet die vom Rat am 1. März 2011 beschlossene Bürgerbefragung die einmalige Chance, den Ha-

fenausbau zu verhindern und das Naturschutzgebiet Sürther Aue zu retten. Sowohl GegnerInnen als auch BefürworterInnen des Hafenausbaus müssen am geplanten Befragungstermin 10. Juli 2011 10 % der Wahlberechtigten überzeugen. Oberbürgermeister Jürgen Roters hat die hier für uns grundlegenden Forderungen an ein faires Verfahren anerkannt. Insbesondere sind nun die SPD und der Oberbürgermeister als Ausbaubefürworter im Rat eine freiwillige Selbstbindung an das Befragungsergebnis eingegangen, sodass im Falle des Erfolgs der Ausbaueegner das Projekt endgültig beerdigt werden würde.

Das Thema Godorfer Hafen und der GRÜNE Widerstand gegen das ökologisch wie wirtschaftlich sinnlose Ausbauprojekt werden wir in den kommenden Monaten und darüber hinaus weiter prominent auf unserer Agenda halten. Wir hoffen dabei weiterhin auf Eure engagierte Unterstützung! Dazu informieren wir Euch in dieser und der nächsten Ausgabe der MachEt, auf www.gruenekoeln.de und über unsere neue Facebook-Seite „Kein Hafenausbau in Godorf! Regionale Logistik effektiv und umweltschonend“.

Mit GRÜNEN Grüßen,
Katja Trompeter
für den Kreisvorstand

Einladung zur Mitgliederversammlung am Montag, 4. April 2011



Liebes Mitglied,
zur nächsten Mitgliederversammlung der Kölner GRÜNEN am Montag, 4. April 2011 ab 19 Uhr, im Bürgerhaus Kalk, Kalk-Mülheimer Straße 58, Großer Saal, laden wir herzlich ein.

Tagesordnung

1. Präsidium, Formales
2. Bericht des Kreisvorstands
 - 2.1 Vorstellung des GRÜNEN „Wurzelwerks“
3. Bürgerbefragung zum Godorfer Hafen
4. Wahl einer Beisitzerin und eines Beisitzer/einer Beisitzerin in den Kreisvorstand
5. Vorbereitung der Landesdelegiertenkonferenz (LDK) am 28./29. Mai 2011
6. Berichte aus dem Rat und dem Landtag
7. Verschiedenes

Katharina Dröge
Vorsitzende

Anne Lütkes
Vorsitzende

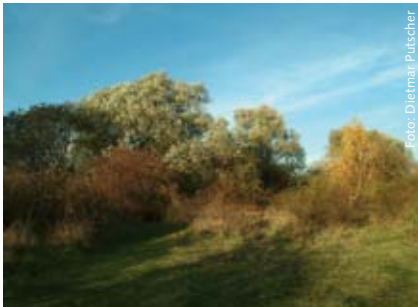
Anträge und Kandidaturen auf www.gruenekoeln.de

Geschichte des Streits um den Hafenausbau

Vom Vorstand des Kreisverbands Köln

Seit einem Vierteljahrhundert wird im Kölner Süden um den Ausbau des Godorfer Hafens in der Sürther Aue gerungen. Die Sürther Aue ist ein unmittelbar am Rhein gelegenes Naturschutzgebiet.

Am 30. August 2007 hat im Stadtrat eine Mehrheit aus CDU und SPD die Erweiterung des Godorfer Hafens und damit die Zerstörung der Sürther Aue beschlossen.



Herbst 2008: Das intakte Naturschutzgebiet Sürther Aue



7.2.2009: Demonstration durch die Südstadt bis zur HGK – eine von zahlreichen Protestveranstaltungen



28.11.2007: Abgabe der gesammelten Unterschriften des Bürgerbegehrens im Technischen Rathaus

Der Hafen in Godorf soll im Naturschutzgebiet um etwa 120.000 qm Fläche erweitert werden – ca. 70.000 qm davon sind für den eigentlichen Containerhafenbetrieb gedacht. Der Hafenausbau Godorf erfordert mindestens eine Investition in Höhe von 65 Mio. Euro, die allein vom Kölner Stadtwerkekonzern HGK finanziert

werden muss und somit auch die Stadt Köln belastet.

Bürgerinitiativen im Kölner Süden initiierten 2007 – unterstützt von GRÜNEN, FDP und später auch DIE LINKEN – ein Bürgerbegehren gegen den Ratsbeschluss zum Hafenausbau. In kurzer Zeit wurde mit 38.000 Unterschriften die notwendige Mindestanzahl übertroffen. Aus juristischen Gründen erklärte die CDU/SPD-Ratsmehrheit das Bürgerbegehren aber für unzulässig. Die Bürgerinitiativen beklagten die Unzulässigkeit erfolglos. Das Verwaltungsgericht berief sich auf die Gemeindeordnung, die Bürgerentscheide in „Angelegenheiten im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens“ nicht erlaubt.

Im Januar 2009 begann die HGK trotz vehementer Proteste vor Ort mit der Rodung der Sürther Aue. Bis dahin war die Fläche ein Refugium für viele seltene Pflanzen und Tiere.

Das Verwaltungsgericht (VG) Köln hat am 2. September 2009 den Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung Köln zum Ausbau des Godorfer Hafens als rechtswidrig aufgehoben und damit den Klagen von zwei Anwohnern stattgegeben. Das VG stellte juristische Verfahrensfehler bei der Planfeststellung fest. Es verhängte einen Baustopp, der bis heute gilt.

Die HGK legte Berufung ein. Im Juli 2010 bestätigte das Oberverwaltungsgericht (OVG) den Baustopp. Am 15. März 2011



3.2.2009: Die Rodung hat begonnen! Ein schwarzer Tag für die Sürther Aue



3.3.2009: Naturschutzgebiet am Boden

beabsichtigt das OVG in der Hauptsache, nämlich über die Rechtmäßigkeit des Planfeststellungsbeschlusses, zu entscheiden. Das OVG meint, das Vorhaben könne nicht allein durch einen wasserrechtlichen Planfeststellungsbeschluss zugelassen werden. Der angegriffene Planfeststellungsbeschluss regle jedoch darüber hinaus in weiten Teilen auch eisenbahnrechtliche, straßenrechtliche und baurechtliche Fragen, für die z. B. ein Bebauungsplan der Stadt Köln erforderlich sei.

Warum sollte der Godorfer Hafen NICHT gebaut werden?

Befürworter des Projekts sehen im Ausbau des Godorfer Hafens vor allen Dingen zwei Vorteile: Sie glauben, dass der Hafenausbau Arbeitsplätze in Köln schaffen würde und dass es eine wirtschaftliche Notwendigkeit zum Ausbau gäbe, da der bestehende Platz für den Containerumschlag in Köln nicht ausreichen würde.

Die Kölner GRÜNEN sind jedoch überzeugt, dass sowohl in Köln, als aber auch insbesondere durch Kooperation mit den Häfen in der Region (z. B. Duisburg oder Neuss) Kapazitäten in ausreichen-

dem Maße vorhanden sind. Besonders der Hafen in Köln-Niehl besitzt noch größere Kapazitäten. Außerdem findet schon jetzt in Niehl auch Ladeverkehr zwischen Straße und Schiene statt, für den ein neues, großes Terminal gebaut wird. Der Ausbau des Hafens ist somit weder wirtschaftlich geboten noch schafft er Arbeitsplätze, die nicht auch an anderer Stelle entstehen würden. Stattdessen verschwendet der Ausbau Steuergelder und öffentliches Kapital. Er zerstört ohne Not schätzenswerte Tier- und Pflanzenwelt.

Facebook-Gruppe: www.facebook.com/pages/Kein-Hafenausbau-in-Godorf-Regionale-Logistik-effektiv-und-umweltschonend/205746996108893



Bürgerbefragung – genau jetzt!

Am 1. März 2011 hat der Rat der Stadt Köln mit Stimmen von SPD, GRÜNEN, LINKE und DEINE FREUNDE eine Bürgerbefragung beschlossen, in deren Rahmen alle KölnerInnen aufgerufen sind, darüber abzustimmen, ob der Godorfer Hafen ausgebaut werden soll oder nicht. Befragungstermin ist voraussichtlich der 10. Juli 2011.

Die Bürgerbefragung hat folgende Eckpunkte:

- SPD, GRÜNE, LINKE und DEINE FREUNDE verpflichten sich freiwillig, in ihrem Abstimmungsverhalten im Rat dem Ergebnis der Bürgerbefragung zu folgen, wenn entweder die Ja-Stimmen („der Hafen soll ausgebaut werden“) oder die Nein-Stimmen („der Hafen soll nicht ausgebaut werden“) mindestens 10 % aller Wahlberechtigten in Köln ausmachen. Sollte dieses Quorum von keiner Seite erreicht werden, weil zu wenige Personen zur Abstimmung gehen, gilt die Selbstverpflichtung NICHT. Sollten sowohl Ja- als auch Nein-Stimmen das Quorum erfüllen, richtet sich das Ergebnis danach, wer die Mehrheit erzielen konnte.
- Im Gegensatz zu einer Kommunalwahl dürfen bei dieser Befragung ALLE Personen über 16 Jahren, die in Köln leben, abstimmen – auch Personen, die nicht EU-BürgerInnen sind. Damit müssen

mindestens 90.000 Personen mit Nein stimmen, um den Hafenausbau zu verhindern.

Der Oberbürgermeister hat in der Ratsitzung verkündet, mit allen Beteiligten ein sogenanntes **Fairness-Abkommen zu schließen**. Dies bedeutet, dass besonders die HGK sich im Rahmen des Wahlkampfes in Zurückhaltung üben muss und ihre finanzielle Übermacht nicht für den Wahlkampf ausnutzen soll.

- Zum aktuellen Zeitpunkt ist es nicht möglich, den Weg eines Ratsbürgerentscheids zu gehen, der alle Fraktionen an das Ergebnis der Abstimmung gebunden hätte, da der Gesetzgeber Bürgerentscheide gegen Planfeststellungsbeschlüsse verbietet.

Warum haben die GRÜNEN im Rat für eine Bürgerbefragung gestimmt?

- Es gibt **im Kölner Stadtrat eine Mehrheit von CDU und SPD, die für den Ausbau des Godorfer Hafens stimmen**. Ohne Bürgerbefragung wird sich dies nicht ändern.
- Das Gerichtsurteil im März liegt vor der Befragung – das Ergebnis ist dann bekannt. Zudem entscheidet das Gericht nur darüber, ob ein erneuter Beschluss zur Planfeststellung getroffen werden muss – NICHT, ob der Hafen gebaut werden darf oder nicht.

- Schon jetzt gibt es eine Vorlage der Stadtverwaltung, um in der April-Ratssitzung einen neuen Beschluss zur Planfeststellung zu treffen, wenn das Gericht den alten für unzulässig erklärt. CDU und SPD haben dafür Zustimmung signalisiert.

- Da die **SPD sich öffentlich festgelegt hat, dem Ergebnis der Bürgerbefragung zu folgen**, gibt es im Erfolgsfall zum ersten Mal eine Mehrheit im Rat gegen den Hafen.

- **GRÜNE sind grundsätzlich für mehr Bürgerbeteiligung** – nicht nur dann, wenn sie sicher sind zu gewinnen. Gemeinsamen mit den Bürgerinitiativen haben wir bereits vor zwei Jahren ein Bürgerbegehren (damals sogar noch mit einem höherem Quorum von 20 %) unterstützt. Zu dieser Position stehen wir GRÜNE heute noch.

- GRÜNE sind für ein Wahlrecht für die in Köln lebenden MigrantInnen. Insofern war es folgerichtig, dass die Teilnahmeberechtigung auf diesen Kreis ausgeweitet wird – auch wenn dies die notwendige Stimmzahl für das Quorum erhöht.

- Die GRÜNEN haben nicht aus Koalitionszwang, sondern aus Überzeugung für die Bürgerbefragung gestimmt.

Bürgerbefragung zum falschen Zeitpunkt

Von Helmut Feld und Dieter Neef, Aktionsgemeinschaft Contra Erweiterung Godorfer Hafen

Die Aktionsgemeinschaft bedauert den Schritt der Ratsfraktion der GRÜNEN vom 1. März, den Ratsantrag der SPD für eine Bürgerbefragung zum Godorfer Hafen doch noch zu unterstützen, ohne überzeugende Gründe für diese Kehrtwende erkennen zu lassen.

In dem revidierten Antrag von SPD und GRÜNEN mögen zwar auf die Schnelle vereinbarte Korrekturen – Senkung des Quorums auf 10 % (92.000 Stimmen) und Gültigkeit für beide Seiten – die Fairness zwischen Befürwortern und Gegnern etwas verbessert haben. Es bleibt das große Manko, dass, wenn niemand für den Ausbau stimmt, aber 91.000 Stimmen gegen den Ausbau abgegeben werden, der Ausbaubeschluss von 2007 dennoch

weiter gültig ist. Das ist unfair und schein-demokratisch.

Alle diese verfahrenstechnischen Aspekte ändern aber nichts an grundlegenden Defiziten: **Das endgültige Urteil des OVG Münster wird nicht abgewartet**, obwohl die Bedingungen für ein neues Planfeststellungsverfahren erst dann bekannt sind. **Den Bürgern wird eine Befragung aufgenötigt, ohne die echten Wahlalternativen zu kennen.**

Bisher gibt es keine einzige offizielle Untersuchung über die **Alternative „Umnutzung des Hafens Niehl I“** im Gegensatz zum Neubau in Godorf, für den mehrere Gutachten vorliegen. Diese Wissenslücke sollte ja gerade mit dem **„Regionalen Logistikkonzept“** geschlossen werden, das der Rat am 2. Februar 2010 beschlossen hat. **Mit der Befragung wird das Dach gebaut, bevor das Fundament gegossen ist.**

Jetzt die Bürger in die Wahlkabinen zu schicken und dafür auch noch 1 Mio. Euro auszugeben ohne den Bürgern auch nur den Hauch einer Chance zu geben, sich vorher fundiert über die „Alternative Niehl“ informieren zu können, ist grob unfair und durch die Einseitigkeit der nur auf Godorf bezogenen Fragestellung irreführend.

Die Aktionsgemeinschaft ist dafür, eine Bürgerbefragung durchzuführen, aber erst dann, wenn das Regionale Logistikkonzept vorliegt.

Da in Köln und im Umland in allernächster Zeit reichlich neue Kapazitäten für Container errichtet werden, gibt es keinerlei Zeitdruck, dieses Konzept nicht abzuwarten und gründlich zu diskutieren.

(weitere Informationen und Kontakt: www.suerther-aeue-retten.de)

Schwarz-gelbe Gleichstellungspolitik? Stillstand und Vorurteile!

Von Volker Beck

Anderthalb Jahre nach der Bundestagswahl – was hat Schwarz-Gelb in Sachen Gleichstellung geschafft? Kurz und bündig: Fast nichts. Die Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe erfolgt ausschließlich auf Druck vom Verfassungsgericht und bei der Ergänzung des Diskriminierungsschutzes der Verfassung im Artikel 3 bedienen Union und FDP niederste Vorurteile. Schwarz-Gelb mag sich in Oppositionszeiten ein liberales Mäntelchen umgehängt haben – im Regierungsalltag spielt Gleichstellungspolitik für Lesben und Schwule keine Rolle.

Bundesverfassungsgericht als Motor für gleiche Rechte

Die Bundesregierung ist offenbar süchtig nach Ohrfeigen aus Karlsruhe. Wer hätte noch vor wenigen Jahrzehnten gedacht, dass ausgerechnet das Bundesverfassungsgericht einmal der Motor für gleiche Rechte sein würde? Lange Zeit waren die „Herren in Rot“ ja eher Sand im Getriebe. „In eurem Wolkenpalast wird uns die Wahrheit verpasst. Das Jüngste Gericht, es verkündet ganz schlicht, wie das Leben spielt“ dichtete Peter Plate von Rosenstolz einst mit Bitterkeit in der Stimme. Wie das Leben so spielt: Im Sommer 2009 hat das Gericht, dass früher die Öffnung der Ehe für Lesben und Schwule untersagte, geurteilt, dass jede Ungleichbehandlung ausschließlich in der Natur der Sache begründet sein dürfe – und nicht etwa, weil aus der Ehe Kinder hervorgingen. Fast alle Unterscheidungen müssen also abgeschafft werden – im Steuerrecht oder bei der Hinterbliebenenversorgung. Das Gericht hat damit unsere Strategie „gleiche Pflichten – gleiche Rechte“ bestätigt. Ganz klare Vorgaben für unsere Regierung – und dennoch: Schwarz-Gelb tut sich schwer. Keinen Schritt weiter als notwendig wollen sich Westerwelle und Co. bewegen. Insbesondere beim Ehegatten-Splitting schaltet Finanzminister



Foto: Angelika Kollmeier

Schäuble auf stur. Aber die nötigen Klagen werden bereits vor dem Bundesverfassungsgericht verhandelt – und die nächste Klatsche kommt bestimmt.

Das Kindeswohl im Mittelpunkt – Adoptionsrecht jetzt

Aufgegeben haben die „Liberalen“ ja offenbar schon beim Adoptionsrecht. Westerwelle und Co. fehlt es an Mut und dem nötigen Selbstbewusstsein. Die GRÜNEN haben in der Regierung auch gegen Widerstand bei Teilen des größeren Regierungspartners die eingetragene Lebenspartnerschaft und die Stiefkindadoption durchgesetzt. Die FDP schafft es noch nicht einmal, das neue Europäische Adoptionsabkommen zu ratifizieren, dass die gemeinsame Adoption von Lesben und Schwulen

dies vor Kurzem genauso und hat das Adoptionsverbot als verfassungswidrig eingestuft. Und wieder wird Karlsruhe entscheiden – Guido Westerwelle müssen die Ohren glühen.

Vorurteile pur: Vielweiberei im Grundgesetz?

Vorurteile schüren FDP und CDU auch, wenn es um die Ergänzung des Art. 3 im Grundgesetz geht. Hier soll die Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Transgendern und Intersexuellen ebenso explizit verboten werden – so wie dies bereits für die Merkmale Geschlecht, Behinderung, Rasse oder Religion gilt. Für Schwarz-Gelb steht damit der Untergang des Abendlandes kurz bevor: In einer Anhörung des Rechtsausschusses im Bundestag befürchteten die Sachverständigen der beiden Regierungskoalitionen, dass Pädophilie geschützt, die Vielehe eingeführt (weil Bisexuelle ja unbedingt mindestens zwei Partner



Foto: Marco Perrikat

erlaubt. Dabei liegt es im Interesse der Kinder, nicht nur gegenüber einem Elternteil unterhalts- und erbberechtigt zu sein. Gerade wenn das Kindeswohl im Mittelpunkt steht, kommt man am gemeinsamen Adoptionsrecht nicht vorbei. Das zeigt die Lebensrealität von vielen Regenbogenfamilien allein in Köln. Das Oberlandesgericht von Hamburg sah

bräuchten!) und Sado-Maso-Praktiken Verfassungsrang bekämen. Vorurteile, die nicht nur jeder Grundlage entbehren, sondern auch deutlich machen, woran die konservative Hälfte unseres Landes noch immer denkt, wenn sie von „sexueller Identität“ hört.

Gemeinschaftsschule = Bildungschancen + wohnortnahes Schulangebot

Von Sven Lehmann

Jedes Kind hat ein Recht darauf, dass seine individuellen Stärken und Schwächen in der Schule erkannt und berücksichtigt werden. Mehr Bildungschancen, eine verbesserte und optimale Förderung im Schulalltag und die Garantie eines wohnortnahen Schulangebotes – all dies setzen wir GRÜNE und NRW-Schulministerin Sylvia Löhrmann jetzt im Modellversuch Gemeinschaftsschule um.

Insgesamt 16 Schulen werden zum Schuljahr 2011/2012 an diesem Versuch teilnehmen. In der Regel entstehen Gemeinschaftsschulen durch Kooperation von mindestens zwei Schulformen, die entweder eine eigene gymnasiale Oberstufe anbieten oder mit der einer anderen Schule kooperieren. Damit werden den SchülerInnen alle Schulabschlüsse offen gehalten. In Jahrgangsstufe 5 und 6 werden alle SchülerInnen gemeinsam in Orientierung an gymnasiale Standards unterrichtet. Nach der 6. Klasse entscheidet dann der Schulträger mit allen Beteiligten über die Zukunft des Modells – lernen die Jugendlichen gemeinsam weiter oder werden die Schulformen durch verschiedene Zweige abgebildet?

Warum Gemeinschaftsschule?

Im streng gegliederten Schulsystem findet eine optimale individuelle Förderung kaum statt. Das Konzept der Gemeinschaftsschule sieht vor, dass leistungsstarke Kinder schwächeren SchulkameradInnen helfen. Sie können ihr Wissen dabei festigen oder gar erweitern, beide Seiten profitieren. Dafür stehen mehr Ressourcen für die Schulen zur Verfügung. Durch die Etablierung von Gemeinschaftsschulen können wir außerdem der demografischen Entwicklung gerecht werden: Vor allem im ländlichen Raum gibt es durch sinkende SchülerInnenzahlen kein vielfältiges Schulangebot mehr, sodass Kinder oftmals lange Wege zurücklegen müssen oder an einer Schulform unterrichtet werden, die ihren Bedürfnissen nicht gerecht wird. Auch in Ballungszentren und Städten wie Köln gewinnt das Konzept an Bedeutung,

denn neben den erfolgreichen Gesamtschulen steigt auch hier der Bedarf an integrativen Schulen, die auf frühe Selektion verzichten. Die Gemeinschaftsschule bietet als Ganztagsbetrieb einen Raum für Begegnung und eine besondere Kultur des Lernens mit zusätzlichen Bildungs- und Freizeitangeboten. Sie ist eine „Schule für Alle“ und als inklusive Schule entsprechend der UN-Konvention für Kinder mit oder ohne Behinderung offen.

sah die Kriterien für eine gelingende Gemeinschaftsschule noch nicht erfüllt.

Die Nachfrage ist weiterhin groß

Diese Schule in Köln kann das nächste Jahr aber dazu nutzen, die notwendigen Voraussetzungen für die Aufnahme in den Modellversuch zu erfüllen. Die landesweite Nachfrage aus Städten und Gemeinden ist überwältigend: Über 40 Kommunen haben ihr Interesse bekundet, in der zweiten Runde des Projektes



Zwei Kölner Schulen starten schon jetzt

Die Kölner Schulverwaltung hat die Genehmigung für zwei Gemeinschaftsschulen erhalten, die an der Ferdinandstraße und der Wuppertaler Straße ihren Betrieb aufnehmen werden. Beide Schulen haben die Auflage erfüllt, drei Züge zu je 23 SchülerInnen anzubieten und gewährleisten die erforderliche Leistungsheterogenität. Die Resonanz zeigt, dass wir mit dem Modellversuch den Nerv der Eltern getroffen haben: Bereits jetzt übersteigt die Zahl der Anmeldungen die der verfügbaren Plätze. Die Schule an der Rochusstraße in Köln darf ihren Betrieb als Gemeinschaftsschule zum nächsten Schuljahr noch nicht aufnehmen, das Schulministerium

Gemeinschaftsschule ab dem Schuljahr 2012/2013 dabei zu sein. Angesichts dieses Andrangs erscheint es sinnvoll, das Modell Gemeinschaftsschule im Schulgesetz zu verankern. Dazu wird Rot-GRÜN mit allen Parteien im Düsseldorf Landtag Gespräche suchen. Vor allem die CDU ist dann gefordert, sich nicht weiter ideologisch einzumauern und die Bedürfnisse der Eltern und Kinder zu berücksichtigen. Auch der Städte- und Gemeindebund erachtet den Modellversuch als sinnvoll, ebenso wie die örtlichen CDU-BürgermeisterInnen.

Es ist Bewegung in die starre Schullandschaft gekommen – eine Bewegung, die mit nichts weniger enden darf als mit Chancengerechtigkeit und individueller Förderung für jedes Kind in NRW!

LVR: Der große Unbekannte

Von Stefan Peil und Ralf Klemm

Wahrscheinlich kennen lediglich ein Zehntel aller Rheinländerinnen und Rheinländer den Kommunalverband, der etwa den gleichen Etat wie die Stadt Köln und ungefähr 15.000 Beschäftigte hat – davon über 4.000 in Köln. Dass der Landschaftsverband Rheinland (LVR) außerdem wie alle Kommunen eine politische Vertretung hat, die Landschaftsversammlung, weiß dann nur noch ein Bruchteil der oben genannten.

Das hat sicherlich vor allem damit zu tun, dass die Mitglieder der Landschaftsversammlung nicht direkt gewählt werden, sondern von den Räten der 26 Mitgliedskommunen im Rheinland (13 kreisfreie Städte, 12 Kreise und die Städteregion Aachen) nach Einwohnerzahlen und den Mehrheitsverhältnissen vor Ort entsandt werden. Um das tatsächliche Kommunalwahlergebnis im Rheinland abzubilden, kommen weitere VertreterInnen der Parteien über Landeslisten dazu.

Was macht eigentlich der LVR?

Der Gesamtetat des Landschaftsverbandes beträgt etwa drei Milliarden Euro. Davon entfallen fast 90 Prozent auf Sozialleistungen, davon wiederum fast zwei Milliarden Euro allein auf die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung.

Weiter ist der Landschaftsverband Träger von 41 Förderschulen für körperliche und motorische Entwicklung, für Sprache sowie für Kinder und Jugendliche mit Sinnesbehinderungen. Der LVR ist zuständig für neun psychiatrische Kliniken im Rheinland sowie im Auftrag des Landes für fast alle forensischen Einrichtungen. Außerdem bietet der LVR stationäre und ambulante Hilfen für Menschen mit geistiger Behinderung in seinen Heilpädagogischen Heimen an. Ebenfalls sind das Landesjugendamt mit seinen verschiedenen Aufgaben sowie fünf Jugendheime beim LVR angesiedelt. Darüber hinaus übernimmt er wichtige Aufgaben im Bereich der regionalen Kulturpflege. Neben elf eigenen Museen unterstützt das sogenannte „Kulturnetzwerk“ des LVR Museen im ganzen Rheinland.



Die GRÜNE Fraktion im Landschaftsverband Rheinland: Erfolgreich arbeitend in einer Ampel-Koalition

Für die Stadt Köln ist der LVR nicht nur ein großer Arbeitgeber, sondern für die Erledigung kommunaler Aufgaben der Stadt Köln gibt der LVR knapp 330 Millionen Euro pro Jahr aus, während die Stadt 2009 nur etwa 254 Millionen Euro an den LVR in Form der Landschaftsumlage bezahlen musste.

Wie ist die politische Mehrheit?

Nachdem 2004 die CDU ihre absolute Mehrheit in der Landschaftsversammlung verloren hatte, kam es sehr schnell zur Bildung einer Ampelkoalition aus SPD, GRÜNEN und FDP. Dies war umso erstaunlicher, als dies nur ein halbes Jahr vor der Landtagswahl 2005 stattfand, bei der ja Schwarz-Gelb erfolgreich die Rot-GRÜNE Landesregierung ablöste.

Die sehr gut funktionierende Gestaltungsmehrheit wurde nach der Kommunalwahl 2009 fortgesetzt. Sie hat nicht nur die politischen Inhalte für die Menschen und Kommunen im Rheinland erfolgreich gestaltet, sondern auch ohne Getöse die personellen Weichen gestellt. Seit Oktober ist Ulrike Lubek als erste Frau LVR-Direktorin. Die GRÜNEN sind mit zwei DezernentInnen im Verwaltungsvorstand vertreten: Martina Hoffmann-Badache ist Sozialdezernentin und Frank vom Scheidt Dezernent für Personal und Recht.

Die wichtigsten Ziele der Koalition

Wie in der vergangenen Wahlperiode wird auch bei der Verabschiedung des Haushalts 2011 darauf geachtet, dass die Kommunen finanziell nicht überfor-

dert werden. Die Deckungslücke von 180 Millionen Euro soll durch eigene Konsolidierungsmaßnahmen in Höhe von 60 Millionen Euro, eine Inanspruchnahme des Eigenkapitals sowie durch eine moderate Umlageerhöhung zumindest fiktiv ausgeglichen werden.

Trotz der notwendigen Konsolidierung will die Koalition auch künftig an ihren inhaltlichen Zielen festhalten. Sie wird das Programm „ambulant vor stationär“ ausbauen, was nicht nur für Menschen mit Behinderung mehr Autonomie und Selbstbestimmung bedeutet, sondern der kommunalen Familie auch Geld spart. Sie wird die vorbildlichen ökologischen Baustandards aufrechterhalten. Auch das ist ökonomisch nachhaltig. Vor allem aber wird sie im Rahmen der Zuständigkeiten des LVR erste Schritte hin zu einer inklusiven Gesellschaft gehen.

Die GRÜNE LVR-Fraktion...

... besteht aus 17 Mitgliedern in der Landschaftsversammlung sowie sieben Sachkundigen BürgerInnen. Aus Köln sind Katrin Barion und Stefan Peil (Fraktionsvorsitzender) Mitglieder der Landschaftsversammlung, Sachkundige Bürger sind Manfred Winnen und Ralf Klemm.

Die Fraktion freut sich immer über Anfragen, Kritik und Anregungen. Ihr erreicht sie telefonisch unter **0221/809-3368** und per Mail unter **gruene-fraktion@lvr.de**. Hier könnt Ihr auch den neu herausgegebenen Newsletter, der künftig alle zwei Monate erscheinen soll, anfordern.

Frauenrechte und Weltfrieden

Von Judith Hasselmann,
Bundesfrauenrat

Wenn der Internationale Frauentag wie dieses Jahr auf den Veilchendienstag fällt, stellt sich in Köln die Frage: „Fiere oder lamentiere?“ Denn am 8. März war ja wirklich Jede und Jeder auf der Straße, allerdings eher um Kamelle zu werfen oder zu fangen und nicht um an den jetzt schon 100 Jahre währenden Geschlechterkampf zu erinnern. Wie immer an diesem Tag musste sich die engagierte Feministin die Frage stellen: Soll gefeiert werden, weil wir so viel erreicht haben oder sollen wir uns beschweren, weil wir viel noch nicht erreicht haben?

Zum Glück half ein Blick in die Geschichtsbücher aus der Klemme: Der erste Frauentag in Deutschland lag nicht auf dem 8., sondern auf dem 19. März, sodass die Aktionen ohne Gewissensbisse auf die Woche nach Karneval verlegt werden konnten. Ein genauerer Blick in die Annalen ließ aber stutzig werden: Der Frauentag heißt offiziell „Tag der Vereinten Nationen für die Rechte der Frau und den Weltfrieden“.

Der Weltfrieden ist im Zusammenhang mit dem 8. März

irgendwie aus dem Blick geraten, erhält aber gerade durch die Ereignisse in der arabischen Welt eine ganz neue Dimension. Denn die Frauen in Tunesien, Ägypten, Libyen und anderen Ländern vor den Toren Europas gehen unter dem Einsatz ihres Lebens auf die Straße, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. In Ägypten will man die Frauen des Tahrir-Platzes wieder nach Hause schicken. Kein einziges Mitglied der Verfassungskommission ist weiblich. Gerade hat sich die ägyptische Frauenunion neu gegründet, um den Forderungen der Frauen eine Stimme zu geben. Fieberhaft sucht man nach Vorbildern für eine Verfassung, die die Rechte von

Frauen in Verfassung und Familiengesetzgebung verankert. Der Zusammenhang Frauenrechte und Weltfrieden war also nie greifbarer als im Moment.

Nehmen sich da unsere deutschen Forderungen nicht mickrig aus? Eigenständige soziale Sicherung, bessere Finanzierung der Frauenhäuser, Abschaffung des Ehegattensplittings, Einführung eines Mindestlohnes, gleiches Geld für gleiche Arbeit, weg mit den Minijobs, her mit den Führungspositionen und immer wieder: die Quote.

Dabei sind unsere Forderungen eigentlich nur eine andere Strophe in dem selben Lied der arabischen Frauen. Wir in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben genug – manchmal auch leidvolle – Erfahrungen auf dem steinigem Weg zur Geschlechterdemokratie gemacht. Davon könnten die Frauen in Nordafrika profitieren. Und wir sollten uns ihren Kampfgeist und ihren bedingungslosen Willen zur Freiheit zum Vorbild nehmen. Denn: Es mag zwar für uns hier schon viel erreicht sein, der Weg zur faktischen Gleichberechtigung ist aber noch nicht beendet. Darum: Nicht nachlassen!



Internationaler Frauentag 2011 in Kairo: Frauen – inmitten von Gegendemonstranten – fordern eine neue Verfassung, die die Bürgerrechte respektiert, die Gleichberechtigung gewährleistet und die alle Formen von Diskriminierung beseitigt.

EU-Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene auch in Köln!

Von Marion Lüttig

Vertreterinnen und Vertreter aus 13 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union waren sich vor sechs Jahren einig: Gerade in Zeiten, in denen viel darüber diskutiert wird, in welchem Ausmaß die Lebenschancen von Männern und Frauen noch durch traditionelle Geschlechterrollenzuweisungen eingeschränkt und beeinträchtigt werden, soll durch die Charta ein starkes Zeichen für die aktive Gestaltung des zu erlebenden sozialen Wandels gesetzt werden. Europaweit wurde die Charta von ca. 700 Städten

unterzeichnet, ca. 20 Kommunen hiervon in Deutschland.

Die EU Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene ist Einladung, Anleitung und Ansporn für eine ganze Stadt, mit stetigem und deutlich sichtbarem Einsatz für die unverzichtbaren Grundwerte unseres Zusammenlebens einzustehen, sie lebendig zu halten und zu verteidigen. Sie bietet ein „Programm“, das sowohl die Tragweite der Grundrechte und Grundwerte der Gleichberechtigung von Frauen und Männern für die kommunale Ebene

herausarbeitet als auch die vielfachen Möglichkeiten aufzeigt, mit denen der erforderliche Wandel in den Kommunen unterstützt werden kann.

Die Stadt Köln wird in diesem Jahr anlässlich des 100. Internationalen Frauentags die Chance nutzen, als erste deutsche Kommune dieser Größe die Charta für die Gleichstellung zu unterzeichnen, und darüber gleichstellungsrelevanten Themen in der Stadt wieder mehr in den Mittelpunkt zu rücken. Denn, es ist noch viel zu tun!

Konsequent Menschenrechte Fordern: Schluss mit der faulen „Realpolitik“

Von Fergal Treanor

Mit Diktatoren kuschelt man nicht: Nach dem Sturz Mubaraks hat sich die GRÜNE Bundestagsabgeordnete Kerstin Müller für eine harte Linie gegenüber autoritären Staaten ausgesprochen. In einem Gastbeitrag für den Kölner Stadtanzeiger prangert die Kölner Abgeordnete die „Politik der doppelten Standards“ an. Das funktioniert in etwa so: Europäische Regierungen liefern vage Lippenbekenntnisse zur Demokratie ab, während sie mit Sicherheits- und Geschäftsbeziehungen korrupte, undemokratische Regimes faktisch unterstützen. Der berühmte Satz von Roosevelt, der Nicaraguanische Diktator Somoza sei „zwar ein Hurensohn, aber unser Hurensohn“, ist heute treffender denn je. Denn mit Diktatoren kuschelt Deutschland nach wie vor, solange es um den realpolitischen Vorteil geht.

Unser Umgang mit den Diktatoren ist gut dokumentiert. Die innige Freundschaft mit Mubarak, Ben Ali und Gaddafi hat jetzt wohl ein Ende genommen; nichtsdestotrotz hat Berlin noch fragwürdige Freunde in aller Welt. In Aserbaidschan etwa, wo seit Sowjetzeiten die Alijew-Dynastie herrscht und wo erst dieses Jahr führende Oppositionspolitiker inhaftiert worden sind, erfreut man sich der Unterstützung Deutschlands und der europäischen Union. Im Gespräch mit der Tagesschau weist CDU-Außenpolitiker Andreas Schockenhoff darauf hin, dass Isolation und Sanktionen oft für die Demokratie nicht förderlich sind – aber hätte man das im Falle Südafrikas zu Apartheidzeiten nicht ebenso argumentieren können? Auch wüsste man nicht, so Schockenhoff, wen man da genau unterstützen sollte; es gäbe so viele unterschiedliche Oppositionelle – als seien in Demokratien homogene Oppositionsparteien die Regel.

Bei der riesigen Ölmacht Kasachstan sieht es ähnlich aus. Auch dort werden Oppositionelle ohne Anklage inhaftiert, Wahlen unverschämt manipuliert und Folter im Verhör als normal gesehen. Diverse religiöse Gruppen sind ebenfalls Repressalien ausgesetzt. Entsprechende



Berichte von Human Rights Watch und der US-Regierung sind im Netz nachzulesen. Präsident Nazarbajew, ehemaliger Parteichef in der KSSR, amtiert ununterbrochen seit 1991. Dabei sind die Beziehungen zwischen Deutschland und Kasachstan in den letzten Jahren stärker geworden. Keine Überraschung, wenn man bedenkt, dass wir 8,7 % unserer Erdölimporte aus Kasachstan beziehen (ein höherer Anteil als bislang aus Libyen) und dass ein beidseitiges Abkommen es Deutschland erlaubt, militärisches Gerät auf dem Landweg durch Kasachstan nach Afghanistan zu transportieren. Das Auswärtige Amt, abgesehen von den üblichen Demokratiefloskeln, lobt Kasachstan haushoch, stärkt ihm den Rücken in der OSZE und unterstützt die Aufnahme des Landes in die Welthandelsorganisation. In dem Abkommen ist das Wort „Menschenrechte“ nirgends zu finden.



Internationaler Frauentag 2011 in Kairo: Frauen demonstrieren für ihre Gleichberechtigung in der neu zu erarbeitenden ägyptischen Verfassung.

Die Lage der Menschen in Kasachstan ist gewiss nicht so schlimm wie im benachbarten Usbekistan. Die Ermordung von Oppositionellen ist nicht nachgewiesen und Nazarbajews Recht auf Wiederwahl durch Volksabstimmung ist erst jüngst vom Verfassungsgericht abgelehnt worden. Eine Scheindemokratie ist aber immer noch keine Demokratie. Schließlich war das Leben in Ben Alis Tunesien lange nicht so schlimm wie in Gaddafis Libyen. Wie unterdrückerisch muss man also sein, bevor sich die Internationale Gemeinschaft verpflichtet fühlt, die Notbremse zu ziehen und die Demokratisierung als unabdingbare Voraussetzung für Zusammenarbeit zu fordern? Es geht hier nicht in erster Linie um verfassungsrechtliche Formen, sondern darum, dass sich Deutschland und seine Nachbarn auf eine gewaltbereite, kleptokratische Elite eingelassen haben, weil sie darin einen Eigenvorteil sehen. Das ist genau die Art von „Realpolitik“, die wir GRÜNE ablehnen müssen.

Übrigens: Wer Angst davor hat, durch solch normatives Auftreten unsere Ölimporte aufs Spiel zu setzen, sollte sich mit der GRÜNEN Energiepolitik auseinandersetzen. Dort wird über das bevorstehende Ende unserer Abhängigkeit vom Öl konsequent weitergedacht.



Die GRÜNE Jugend begrüßt Dogan Akhanli

Von Daniela Wüster

Am 12. Januar 2011 hatte die GRÜNE Jugend Köln den kürzlich aus seiner Haft befreiten Menschenrechtler Dogan Akhanli zu Gast.

Wie an jedem Mittwochabend versammelten sich auch am 12. Januar 2011 politisch interessierte Jugendliche in den Räumlichkeiten der Kreisgeschäftsstelle Köln. Diesmal stieg die gewohnte Teilnehmerzahl jedoch auf fast das Doppelte an. So lauschten etwa 50 Anwesende den Ausführungen Dogan Akhanlis zum türkischen Rechtssystem.

Akhanli wurde 1957 in Savsat, Türkei, geboren und lebte ab seinem zwölften Lebensjahr in Istanbul. Nachdem er wegen des Militärputsches von 1980 in den Untergrund flüchtete, brachte er die Jahre 1985-1987 unter Folter als politischer Häftling im Militärgefängnis von Istanbul zu. 1991 gelang

ihm die Flucht nach Deutschland. Hier erlangte er 2001 die deutsche Staatsbürgerschaft.

Seit Mitte der 1990er Jahre lebt er seither als Schriftsteller in Köln. In seinen Romanen, Aufsätzen und Interviews setzt er sich schwerpunktmäßig für den bedachten Umgang mit historischer Gewalt und für die Unanfechtbarkeit der Menschenrechte ein.



Als er am 10. August 2010 aus familiären Gründen in die Türkei einreiste, wurde er wegen seines angeblichen Mitwirkens an einem 1989 begangenen Raubüberfall verhaftet. Die eigentlichen Gründe für seine Festnahme schienen aber vielmehr die öffentliche Kritik an der türkischen Regierung zu sein. Nach seiner ursprünglichen Verurteilung zu lebenslanger Haft musste er nach viermonatiger Inhaftierung aus der Untersuchungshaft freigegeben werden, da kein dringender Tatverdacht mehr bestand.

Die Verhandlung wird jedoch im März dieses Jahres weiter fortgeführt.

Nachdem den ZuhörernInnen einige grundlegende Informationen zum geschichtlichen Hintergrund des türkischen Regimes dargelegt wurden, stellte Dogan Akhanli seine persönlichen Erfahrungen vor. Er sei dankbar dafür, dass sich eine derart große Menge an Menschen seines Falles angenommen und ihm zu seiner Freiheit verholfen habe. Er berichtete von purer Willkürherrschaft, Gewalt und ständiger Meinungsunterdrückung. Sein Fall sei nur einer von vielen, man dürfe nicht vergessen, wieviele Menschen aufgrund ihrer Kritik am türkischen Regime von aller Welt isoliert und unter täglicher Folter leben müssten.

Für die GRÜNE Jugend Köln war Dogan Akhanlis Besuch eine große Bereicherung. Wer könnte die Bedeutung unserer menschlichen Rechte besser verdeutlichen als jemand, der bereits auf sie verzichten musste?

Frauen, bildet Frieden! – Die UN-Resolution 1325

Von Firat Yaksan

Wir kennen sie alle: die Ärztin aus Israel, die im Westjordanland PalästinenserInnen verarztet, die kurdische Journalistin, die versucht, ein Radioprogramm in ihrer Muttersprache auf die Beine zu stellen oder einfach die Frau, die sich für soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte und gegen Gewalt einsetzt.

Das Beispiel der von Hutu- und Tutsi-Witwen 1994 – kurz nach dem Genozid an der Tutsi-Minderheit – gegründeten Hilfsorganisation des Landes Ruanda zeigt uns, dass gerade Frauen für einen stabilen Frieden bzw. eine Versöhnung gesorgt haben. Doch gerade in Kriegs- und Konfliktregionen werden Frauen bei Friedensverhandlungen als wichtige Vermittelnde nicht wahrgenommen.

So fügt der ehemalige US-Präsident Bill Clinton nach dem Scheitern der Nahost-Friedensverhandlungen hinzu: „Wenn wir Frauen auf Camp David gehabt hätten, hätten wir ein Abkommen erreicht.“

Die UN-Resolution 1325, die schon im Jahre 2000 verabschiedet wurde, sollte dieser Problematik entgegenwirken und der Frau eine starke Stimme in Friedensverhandlungen zuweisen, womit eine Beteiligung auf allen Ebenen von Friedensprozessen gewährleistet wäre. Bis heute haben nur 23 Nationen einen Aktionsplan umgesetzt, darunter ist Deutschland einer von 169 UN-Staaten, die der UN-Resolution nicht mal ein Lächeln schenken, obwohl diese Resolution selbstverständlich völkerrechtlich bindend ist.

It's a man's world!

Es ist ein Missstand, den wir gemeinsam aus der Welt tragen sollten. Wir können nicht weiterhin zusehen, wie Frauen aus Friedensverhandlungen ausgeschlossen werden. Wir haben es mit einer Waage zu tun, die auf der Männerseite stark einbricht. Die GRÜNE Jugend Köln möchte am Weltfrauentag auf diesen Missstand aufmerksam machen, denn laut Heinrich-Böll-Stiftung sind nur 7,6 % der Verhandelnden Frauen. Krieg zu führen ist eine Sache, jedoch wichtige Friedensverhandlungen zu einer „Männersache“ zu erklären, ist haltlos. Allein die vergangenen Nahost-Friedensverhandlungen zeigen uns, dass es auch Frauen gewährleisten sein muss, dem Weltfrieden ein Stückchen näher zu kommen. Frauen können besser Frieden bilden!

Irlands GRÜNE ernten bittere Niederlage

Dublin – Bei der vorgezogenen Parlamentswahl in Irland haben die GRÜNEN alle sechs Sitze im Parlament verloren. Die Partei hatte sich seit 2007 an der desaströsen Regierung von (noch) Premierminister Cowen beteiligt. Unter Cowen sind Zehntausende Iren infolge der geplatzten Immobilienblase arbeitslos geworden. Die Auswanderung, ewiger Feind der Entwicklung Irlands, war seit

Jahrzehnten erstmals wieder zurückgekehrt.

Parteiführer Gormley reklamierte GRÜNE Leistungen in den letzten Jahren, etwa zivile Partnerschaften, das Fuchsjagdverbot und konsequentere Bauregeln. Die letzten beiden Punkte werden voraussichtlich von der neuen Regierung rückgängig gemacht. (ft)



Leinster House: Sitz des irischen Unterhauses in Dublin

Landesweites Frauenforum von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW am 1. und 2. April 2011 in Aachen

Macht Mal Laut!



Alle zwei Jahre bietet der Landesverband NRW allen GRÜNEN und interessierten Frauen die Möglichkeit sich intensiv mit dem aktuellen Status quo der Gleichstellung zu beschäftigen. Zum 100. Geburtstag des Internationalen Frauentages wollen wir uns ähnlich wie damals die Begründerinnen Fragen zur Machtverteilung zwischen Männern und Frauen stellen. Denn auf dem Weg zur Hälfte der Macht scheiden sich die Geister. Einige setzen auf die freiwillige Selbstverpflichtung, andere wollen verbindliche Regelungen. Wir GRÜNE wissen seit 25 Jahren, dass bisher nur die Quote bewirkt, dass mehr Frauen in der Politik landen oder für entscheidende Positionen vorgeschlagen werden.

Öffentlich kontrovers debattiert wird seit einiger Zeit die Frage, wie der Anteil von Frauen in den Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen und in den Spitzenpositionen der Wirtschaft erhöht

werden kann. Wie hoch soll der Anteil von Frauen in diesen Gremien überhaupt sein? Und wie schnell wollen wir das erreichen?

Beim landesweiten Frauenforum wird es zwei Tage lang genau um diese Themen gehen. Wir werden debattieren und diskutieren. Über die „Spitzenaussichten für Frauen – Frauen in die Aufsichtsräte“, über „Parité statt Fraternité – Mehr Frauen in die Parlamente“ genauso wie über die Teilhabe von Migrantinnen und jungen Frauen am Politikbetrieb. Denn: ohne Frauen keine wahre Demokratie! Wir brauchen sie alle! Daher stellen wir GRÜNE Frauen zum 100. Jahrestag des „Internationalen Frauentages“ die Machtfrage und zwar laut. Unbedingt jetzt anmelden! (jh/mlu)

Mehr Informationen unter <http://www.gruene-nrw.de/frauenforum2011.html>

BUCHTIPP

Von Christiane Martin

„Tiere essen“

„Ich liebe Würste auch, aber ich esse sie nicht“, sagte der amerikanische Romancier und Bestsellerautor Jonathan Safran Foer in einem Interview und bringt damit auf den Punkt, was ihn bewegt: der Fleischgenuss und seine weltweiten Folgen. Jetzt hat er ein aufrüttelndes Buch darüber geschrieben, das im vergangenen Jahr auch auf Deutsch erschienen ist. Und es gibt wohl kein eindrücklicheres Plädoyer für den Vegetarismus.

„Tiere essen“ ist ein leidenschaftliches Buch über die Frage, was wir essen und warum. Foer recherchiert genau, bricht nachts in Tierfarmen ein, konsultiert einschlägige Studien und spricht mit zahlreichen Akteuren und Experten. Nach der Lektüre seines Buches beantwortet sich die Frage danach, ob wir Fleisch essen würden, wenn wir wirklich wüssten, wo es herkommt, fast wie von selbst. In seiner Synthese aus Philosophie, Literatur, Wissenschaft und eigenen Undercover-Reportagen bricht Foer eine Lanze für eine bewusste Wahl.

Jonathan Safran Foer
Tiere essen
Kiepenheuer & Witsch 2010
19,95 Euro



AK Arbeitskreis Ökologie

Revival: Ökos jetzt auch wieder bei den GRÜNEN

Von David Jacobs

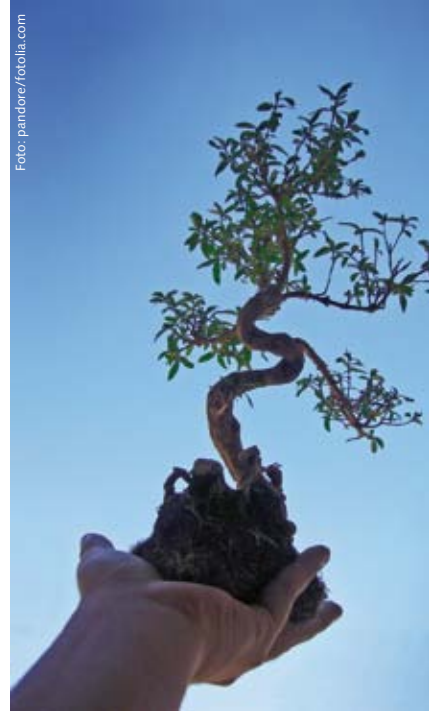
Seit Januar trifft sich der neu konstituierte Arbeitskreis Ökologie wieder in unserem Kreisverband. Nach einigen Jahren Pause wurde er wieder reaktiviert. Schon bei der Auftaktveranstaltung zur Inhaltsoffensive zeichnete sich der deutliche Bedarf für einen solchen Arbeitskreis bei uns ab.

Kurzerhand übernahmen David Jacobs (Kreisvorstandsmitglied) und Jan Adam (Sprecher GRÜNE Jugend Köln) die Initiative. Sie starteten das Revival des AK Ökologie. Für die zwei Initiatoren ist es wichtig, ein Forum unserer Partei in Köln für dieses breite Themenspektrum zu haben. Sie sehen sich selbst aber nur als Anschubhilfe, damit der Arbeitskreis schon bald auf eigenen Beinen stehen kann. Dann sollen sich auch gewählte SprecherInnen aus dem Arbeitskreis um

die Organisation und Themen kümmern.

Im Arbeitskreis Ökologie befassen wir uns mit der überregionalen, wie der kommunalen Umweltpolitik. Zum Profil gehört ein breites Themenspektrum: Luft, Lärm, Klima, aber auch Dauerbrenner, wie Atomkraft und jede Menge mehr. Der AK beschränkt sich aber nicht nur auf die Weiterentwicklung und Diskussion GRÜNER Inhalte. Auch Aktionen sind geplant, Stände, Exkursionen und vieles mehr.

Mit der Resonanz bei unseren bisherigen Treffen waren wir sehr zufrieden. Trotzdem sind neue Öko-Freundinnen und -Freunde gerne gesehen. Meldet euch an für den Verteiler! Es gibt nützliche Infos aus dem Bereich und natürlich auch die Arbeitskreiseinladungen. Einfach anmelden per Mail an ak-oekologie@gruenekoeln.de.



Oder schau einfach beim nächsten Treffen vorbei. **Am 7. April um 19 Uhr im GRÜNEN Zentrum.**

AK Arbeitskreis Kultur und Medien

Von der Wahrung des Urheberrechts bis zur Abmahnindustrie

Von David Jacobs

Ein Anwaltsschreiben flattert in den Briefkasten. Eine Unterlassungserklärung soll unterzeichnet werden. Der Grund: Aus dem Netz heruntergeladene Musik. Illegal! Außerdem soll ein hoher Geldbetrag bezahlt werden. Kein Einzelfall, sondern Alltag. Jede Menge, oft dubiose Kanzleien leben von diesen Abmahngeschäften mit astronomisch hohen Streitwerten. Eine ganze Abmahnindustrie. Der Ruf der Musikbranche ist bei vielen ruiniert.

Auf der anderen Seite stehen die KünstlerInnen. Oft nicht die Madonnas dieser Welt, die eh schon ausgesorgt haben. Sondern weniger bekannte InterpretInnen, die nicht bei einem der Global Player der Musikbranche unter Vertrag

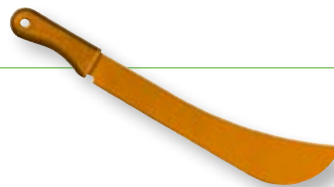
stehen. Mit CD-Verkäufen ist schon lange kein Geld mehr zu machen. Die Titel werden auch kaum im Radio gespielt und haben deshalb auch nur geringe Chancen etwas vom Gema-Kuchen abzubekommen. Die „Eierlegende Wollmilchsau“ zur Lösung dieses Problems sollte in unserer Partei die Kulturflaute werden. Doch ist das Modell praxistauglich?

Über dies und andere Themen, die die Zukunft im Bereich Kultur und Medien betreffen, finden rege Diskussionen im neuen Arbeitskreis statt. Außerdem warten auf euch interessante ReferentInnen von außen und jede Menge ExpertInnenwissen unserer Parteimitglieder, die oft auch im Bereich Kultur oder Medien arbeiten.



Interesse? In unserem Verteiler bekommst du alle wichtigen Infos zu den Treffen und kannst auch deine persönlichen Themenvorschläge an die Arbeitskreiskoordination schicken. Die Mailadresse: ak-kultur-medien@gruenekoeln.de.

Ansonsten kannst du auch direkt zu unserem nächsten Treffen kommen. **Am 12. April ab 19 Uhr im GRÜNEN Zentrum.**



Teile und herrsche!

Der zum geheimen Landesverband mutierte Kölner Kreisverband der GRÜNEN leistet sich überflüssigerweise eine sog. Personalentwicklungskommission, liebevoll PEK genannt. Ein extra sehr harmlos gewählter Name für eine anstehende Meuterei auf der GRÜNEN Bounty. Denn eigentlich wurde das wahre Zentrum zeitgemäßen Umgangs mit Personalsorgen längst ausgemacht: Es ist die mit Weitblick und ForscherInnengeist stets am Puls der Zeit agierende Ratsfraktion. Das Wort Fraktion, dem lateinischen entlehnt, kommt von „Teil“: Und so scheint es auch erklärbar, dass dieser Teil der Kölner GRÜNEN nicht gut teilen kann. Vielmehr hält er nun schon seit vielen Jahren an der bewährten Formel fest, wonach sich eine GRÜNE Ratsfraktion stets wie folgt zusammensetzen sollte: Ein Drittel Neulinge, ein Drittel KandidatInnen, die schon eine Ratsperiode Erfahrung sammeln konnten und ein Drittel, das bestimmt, wo es langgeht (zwei Drittel teilen, ein Drittel herrscht)!

Diese Machete sitzt, aber warum so heftig?

Bei der kürzlich tagenden Mitgliederversammlung erdreisteten sich die zwar demokratisch gewählten, aber sehr schnell von Mitgliedern der Ratsfraktion angeblich als DilettantInnen ausgemachten Mitglieder der PEK, gemäß ihres Auftrages von dem Fortgang ihrer Arbeit zu berichten. Das sollte wohl was mit Transparenz und Diskussionsfreude zu tun haben, war aber eigentlich ein Versuch, demnächst die Ratsfraktion hinterhältig zu stürzen!

Zu allem Übel widmete sich diese PEK auch noch dem von dem Beschluss einer Kreismitgliederversammlung erteilten Auftrag, ein Anliegen der GRÜNEN Ju-



Zeichnung: Sabine Voigt

gend zu prüfen. Gift und Galle wurde gespuckt bei der Darstellung der möglichen Wege: Von Begrenzung der Mandatszeit bis zur Neuenquote, nichts fand vor den Augen der anwesenden Ratsleute Gnade. Zwar hatte man sich noch niemals in einer Sitzung mit diesem Thema beschäftigt – obwohl der Prüfauftrag schon vor einem Jahr erteilt wurde – noch hatte man an der Arbeit des von der Fraktion entsandten PEK-Vertreters Interesse gezeigt. Aber man hatte sich auf jeden Fall schon mal eine Meinung gebildet und sparte auch mit guten Ratschlägen nicht.

Die PEK wurde aufgefordert noch einmal die Kompetenz der Ratsleute in Sachen Nachwuchsförderung anzuzapfen und um eine Audienz zu bitten. Schon beschlich die Anwesenden das heitere Gefühle, dass

man sich demnächst bei den künftigen Kollegen selbst empfehlen muss und nicht etwa die Mitglieder der Partei ihre RepräsentantInnen in einer geheimen Wahl zu bestimmen haben. Ratsmensch von Gottes Gnaden oder selektiert durch ein kompliziertes Auswahlverfahren derjenigen, die es auch in der nächsten Ratsperiode nett haben wollen. Nämlich bitte ohne Meuterei, Aufstand oder Querulanten-tum!

Die Moral von der Geschichte

Ja, Nachwuchs muss man aushalten, gerade den unbequemen. Und aushalten muss man auch, dass einer der größten GRÜNEN Kreisverbände in Deutschland sich Gedanken macht über die Frage, wie man gute Leute zur Mitarbeit gewinnt. Und das ohne vorher die Amtsinhaber zu fragen.

MachEt im Kühlschrank



Zeichnung: Sabine Voigt

„Wie GRÜN bin ich?“ – diese Frage hat Köln bewegt. Seit sich der Moralapostel in der letzten Ausgabe das erste Mal gemeldet hat, ist die Redaktion von einem Leserbrief überflutet worden. Frau Maria Herrmann schreibt: „Holz ist ein nachwachsender Rohstoff. Wir aber verbrauchen Rohstoffe, die begrenzt vorhanden sind und, einmal verbraucht, gibt es sie nicht mehr.“

Ganz richtig, Frau Herrmann! Denn Waldsterben – so schlimm es auch ist – kann man ja rückgängig machen. Das Öl ist aber endlich, also könnte man meinen, das Dummste, was man damit machen kann, ist, es zu verbrennen. Das Gleiche gilt für Steinkohle, wobei man aus Steinkohle keine Plastiktüten machen kann.

Wer ist schuld am rasenden Ölverbrauch, und daher auch an den ganzen Emissionen? Moralapostel sagt: Wir sind es! Wir achten einfach nicht auf den Stromverbrauch. Einiges kann man aber dagegen schon unternehmen. Etwa das Wasser für Nudeln erst im Wasserkocher erhitzen und

dann in den Topf gießen. Oder unser Tipp der Woche, direkt von der Webseite der Kölner GRÜNEN abgeschrieben: Papierknöllchen im Kühlschrank lagern, damit dieser nicht so hart arbeiten muss.

Alte MachEt-Ausgaben empfehlen sich für diesen Zweck. Das hat den doppelten Vorteil, dass man einerseits Energie spart, aber auch gleichzeitig bei jedem Kühlschrankbesuch (chez moi sind es ungefähr drei pro Stunde) auch noch an die mahnende Stimme des Moralapostels erinnert wird. Wenn das nicht gut für den Charakter – und fürs Energiesparen ist, dann verliere ich bald ganz die Hoffnung.

Kreisverband Köln (KV)

✉ Ebertplatz 23 • 50668 Köln
 ☎ Di. 14-16, Do. 11-13 Uhr
 📧 buero@gruenekoeln.de
 🌐 www.gruenekoeln.de

Bank für Sozialwirtschaft
 BLZ 370 205 00, Kontonr. 81 44 300

Geschäftsführerin: Dr. Diana Siebert
 📧 buero@gruenekoeln.de ☎ 0221-732 98 54
 Mitgliederbetreuung: Kevin Liebig
 📧 adressen@gruenekoeln.de ☎ 0221-7329855

Vorstand

E-Mail: *vorname.nachname@gruenekoeln.de*
 Katharina Dröge ☎ 0151-55627097
 Anne Lütkes ☎ 0171-3680 948
 Jürgen Piper ☎ 0157 8284 8022
 David Jacobs ☎ 01512-2960855
 Katja Trompeter ☎ 0179-4784667
 Christian Schirmer ☎ 0221-94643082

Ortsverbände (OV)

OV 1: Innenstadt/Deutz
 Claus Vinçon 📧 vincon@mac.com

OV 2: Rodenkirchen
 Frédéric Jung ☎ 02233-396739
 📧 monte03@web.de
 Regine Chanana ☎ 01515-4813021

OV 3: Lindenthal/Sülz
 Manolya Günhan, Karim Ismail
 📧 ov3@gruenekoeln.de

OV 4: Ehrenfeld
 Ruth Lenzen-Genco ☎ 0221-5501500
 📧 ruth.lenzen@gruene-ehrenfeld.de

OV 5: Nippes
 Alexander Schmalz ☎ 0221-734128
 📧 nippes@gruenekoeln.de

OV 6: Köln-Nord/Chorweiler
 Dr. Harald Junge ☎ 0221-5902519
 📧 haraldjunge@aol.com

OV 7: Porz/Poll
 Ciler Firtina ☎ 0178-8557226
 📧 cilerfirtina@web.de

OV 8: Kalk
 Thomas Heinen ☎ 0221-7199109
 📧 ov8@gruenekoeln.de
 GRÜNES Zentrum Kalk, Johann-Mayer-Str. 18,
 51105 Köln

OV 9: Mülheim
 Florian Kalwait ☎ 0163-3696990
 📧 florian_kalwait@web.de

Bezirksvertretungsfractionen

BV 1: Innenstadt/Deutz
 Roswitha Berscheid
 📧 roswitha.berscheid@t-online.de

BV 2: Rodenkirchen
 Manfred Giesen
 📧 manfred.giesen@stadt-koeln.de

BV 3: Lindenthal/Sülz
 Lieselotte Sturch 📧 bv3@gruenekoeln.de

BV 4: Ehrenfeld
 Christiane Martin 📧 chr_martin@gmx.de

BV 5: Nippes
 Herbert Clasen 📧 herbert.clasen@stadt-koeln.de

BV 6: Köln-Nord/Chorweiler
 Wolfgang Kleinjans
 📧 wolfgang.kleinjans@stadt-koeln.de

BV 7: Porz/Poll
 Dieter Redlin 📧 dieter.redlin@stadt-koeln.de
 ☎ 02203-85792

BV 8: Kalk
 Karin Schmidt 📧 karin.schmidt@stadt-koeln.de

BV 9: Mülheim
 Winfried Seldschopf
 📧 winfried@seldschopf.de

Parteiарbeitskreise

Demokratie und Recht
 Olaf Terre ☎ 0172-2149578
 🌐 www.ak-demokratie.blogspot.com

Internationales
 N.N. 📧 ak-internationales@web.de

Konsum
 Pia Brenner, Maik Müller
 📧 ak-konsum@gruenekoeln.de

Kultur und Medien
 📧 ak-kultur-medien@gruenekoeln.de

Lesben
 Regina Kobold ☎ 0221-221-25917
 📧 regina.kobold@stadt-koeln.de

Migration
 📧 ak-migration@gruenekoeln.de

Ökologie
 📧 ak-oekologie@gruenekoeln.de

Schwule
 Daniel Dahm 📧 daniel.dahm@gmail.com

Soziales
 Timon Delaware
 📧 ak-soziales@gruenekoeln.de

Verkehr
 Lino Hammer ☎ 0176-23868854
 📧 lino.hammer@googlemail.com

Verwaltung: Grün!
 Inge Duman 📧 inge.duman@netcologne.de
 Stefan Meinke 📧 stefanmeinke@msn.com

Wirtschaftspolitik
 Dieter Schöffmann ☎ 0171-3442876
 📧 dieter@schoeffmann.biz

GRÜNE Jugend

🌐 www.gruene-jugend-koeln.de

Ratsfraktion

✉ GRÜNE Fraktion, Rathausplatz,
 Spanischer Bau, 50667 Köln
 ☎ Mo.-Fr. 9-12, Mo., Di., Do. 13-16 Uhr,
 Mi. 13-19 Uhr, ☎ 0221-221-25919
 📠 0221-221-24555
 📧 gruene-fraktion@stadt-koeln.de
 ⌚ jeden Mi. 18.30 Uhr, Spanischer Bau
 („Mittwochskreis“)

Fraktionsarbeitskreise

Allgemeine Verwaltung
 Andreas Wolter ☎ 0179-5471119
 📧 andreas.wolter@netcologne.de

Finanzen & Haushalt
 Jörg Frank ☎ 0177-3117786
 📧 joerg.frank@stadt-koeln.de

Frauen
 Marion Lüttig ☎ 0179-6708207
 📧 maluettig@web.de

Gesundheit
 Stefan Peil ☎ 0173-2500588
 📧 stefan.peil@aol.com

Jugend
 Kirsten Jahn ☎ 0176-66695159
 📧 kirstenjahn@gmx.net

Kunst und Kultur
 Brigitta von Bülow ☎ 0176-22159725
 📧 buelow@netcologne.de

Liegenschaften
 Manfred Richter ☎ 0179-5065756
 📧 mrichter@netcologne.de

Rechnungsprüfung
 Berti Waddey ☎ 0173-9320364
 📧 manfred.waddey@koeln.de

Schule und Bildung
 Horst Thelen ☎ 0221-728470
 📧 horst.thelen@arcor.de

Soziales
 Ossi Helling
 📧 ossi.helling@stadt-koeln.de

Sport
 Elisabeth Thelen
 📧 elisabeth.thelen@stadt-koeln.de

Stadtentwicklung
 Barbara Moritz ☎ 0221-22125918
 📧 barbara.moritz@stadt-koeln.de

Stellenplan & Personal
 Brigitta von Bülow ☎ 0176-22159725
 📧 buelow@netcologne.de

Umwelt
 Mathias Welpmann ☎ 0151-58115084
 📧 matthias.welpmann@stadt-koeln.de

Verkehr
 Bettina Tull ☎ 0211-8842887
 📧 mail@bettina-tull.de

Wirtschaft
 Jörg Frank ☎ 0177/3117786
 📧 joerg.frank@stadt-koeln.de

Wohnen und Bauen
 Gerd Brust 📧 nc-brustge@netcologne.de

Bürgermeisterin Angela Spizig

✉ Rathaus, Spanischer Bau • 50667 Köln
 ☎ 0221-221-26063
 📧 angela.spizig@stadt-koeln.de

Bundesverband

Geschäftsstelle
 ✉ Platz vor dem Neuen Tor 1 • 10115 Berlin
 ☎ 030-28 442-0 📠 030-28 442-210
 📧 info@gruene.de www.gruene.de

Bundestagsfraktion

✉ Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
 ☎ 030-227-55518 📠 030-227-56552
 🌐 www.gruene.de

Regional- und Wahlkreisbüros
 ✉ Ebertplatz 23 • 50668 Köln

Volker Beck
 📧 koeln@volkerbeck.de
 Thomas Maschke ☎ 0221-7201455

Kerstin Müller
 📧 kerstin.mueller@wk.bundestag.de
 Judith Hasselmann ☎ 0221-7220369

Landesverband NRW

✉ Jahnstraße 52 • 40215 Düsseldorf
 ☎ 0211-38666-0 📠 0211-38666-99
 📧 info@gruene-nrw.de
 🌐 www.gruene-nrw.de

Landtagsfraktion NRW

✉ Platz des Landtags 1 • 40221 Düsseldorf
 ☎ 0211-884-2860 📠 0211-884-2870
 📧 gruene@landtag.nrw.de
 🌐 www.gruene.landtag.nrw.de

Andrea Asch
 📧 andrea.asch@landtag.nrw.de

Arndt Klocke
 📧 arndt.klocke@landtag.nrw.de

Arif Ünal
 📧 arif.uenal@landtag.nrw.de, GRÜNES Zentrum
 Kalk, Johann-Mayer-Str. 18, 51105 Köln

Fraktion im Landschaftsverband Rheinland

✉ Kennedy-Ufer 2 • 50663 Köln
 Geschäftsführer: Ralf Klemm
 ☎ 0221-809-3369 📠 0221-809-2560
 📧 ralf.klemm@lv.r.de

Erläuterungen:

⌚ Öffnungszeiten, ⌚ Treffen, ✉ Postanschrift,
 ☎ Telefon, 📠 Fax, 📧 E-Mail, 🌐 Homepage,

In den Schulferien, an Feiertagen und bei besonderen Anlässen können die jeweiligen Treffen ausfallen. Deshalb empfiehlt es sich immer, bei den Ansprechpersonen nachzufragen. **Alle Treffen sind grundsätzlich öffentlich, können also von jedem und jeder Interessierten besucht werden.**

TERMINKALENDER

24.03.	Dany Cohn-Bendit auf der lit.cologne http://litcologne.de/events/94	28.04.	AK Internationales, GRÜNES Zentrum Ebertplatz 23, 20:00
24.03. & 25.03.	BürgerInnen machen Stadt?! Die kommunalpolitische Bedeutung der Bürgergesellschaft Konferenz der Böllstiftung NRW, Uni Köln, Humanwissenschaftliche Fakultät	01.05.	Erster Mai, Demo und Kundgebung
25.03.	Internationaler Frauentag am Equal Pay Day mit Kundgebung (Roncalliplatz) 16:00 und Empfang (Rathaus), veranstaltet von AKF, DGB, OB, unterstützt von den GRÜNEN Frauen, Empfang ab 18:00	02.05.	AK Soziales (Fraktion), Rathaus, Spanischer Bau, 18:00
25.03.	Zweiter Anti-Atompolitischer Ratschlag, Landtag NRW Veranstalter GRÜNE Fraktion NRW	03.05.	AK Wirtschaftspolitik (Partei), GRÜNES Zentrum Ebertplatz 23, 19:30
29.03.11	AK Verwaltung:Grün! GRÜNES Zentrum Ebertplatz 23	05.05.	AK Ökologie (Partei), GRÜNES Zentrum Ebertplatz 23, 19:00
29.03.	GRÜNES Kino und Diskussion zum 100. internationalen Frauentag – ARTE-Dokumentation: „Helen Zille – Demokratin aus Leidenschaft“ mit Kerstin Müller & Arndt Klocke, Filmpalette Köln, Lübecker Straße 15, 50668 Köln, 19:00	07.05.	Aktionen gegen den Dritten „Antiislamisierungskongress“ von „Pro Köln“
01.04.	Bahntour der GRÜNEN Bundestagsfraktion: Schienen-Engpass NRW – Wer blockiert den Ausbau des grenzüberschreitenden Schienenverkehrs? Technologiepark Herzogenrath (bei Aachen) 17:00-20:00	09.05.	AK Frauenpolitik (Partei & Fraktion), Rathaus, Spanischer Bau, 19:00
01.04. & 02.04.	MachtMalLaut! GRÜNES Landesweites Frauenforum, „forum M“, Buchkremerstraße 1-7, 52062 Aachen, Freitag: 19:30-21:00, Samstag 10:00-17:00, Mehr unter www.gruene-nrw.de	10.05.	AK Kultur und Medien (Partei), GRÜNES Zentrum Ebertplatz 23, 19:00
02.04.	„NRW auf dem Weg zur Haushaltskonsolidierung“ – Werkstattgespräch, veranstaltet von AK Wirtschaftspolitik, Kostenbeitrag 20 Euro, Ort: Landschaftsverband Rheinland	14.05.	Eurovision Song Contest, überall, 20:00
04.04.	Mitgliederversammlung der Kölner GRÜNEN, Bürgerzentrum Kalk, Kalk-Mülheimer Straße 58, 19:00	19.05.	Wer wir sind und was wir wollen, Treff für NeueinsteigerInnen, GRÜNES Zentrum Ebertplatz 23, 20:00
05.04.	AK Wirtschaftspolitik (Partei), GRÜNES Zentrum Ebertplatz 23, 19:30	24.05.	AK Soziales (Partei), GRÜNES Zentrum Ebertplatz 23, 19:00
05.04.	AK Frauenpolitik (Partei & Fraktion) zusammen mit dem Arbeitskreis Sozialdemokratischer Frauen (ASF), SPD-Parteizentrale, Hans-Jürgen Wischiewski-Haus, Magnusstr. 18b, 19:30	26.05.	AK Internationales, GRÜNES Zentrum Ebertplatz 23, 20:00
07.04.	AK Ökologie (Partei), GRÜNES Zentrum Ebertplatz 23, 19:00	28. & 29.05	Landesdelegiertenkonferenz (LDK), GRÜNE NRW, Emsdetten
08.04.	Aktuelle Situation in der NRW-Schulpolitik (Gemeinschaftsschule, Schulzeitverkürzung, Inklusion etc.) mit Sylvia Löhrmann – Veranstalter: GRÜNER Bezirksverbandes Mittelrhein, Uni Club Bonn, Konviktr. 9 (Anreise: http://www.uniclub-bonn.de/kontakt_03.htm), 19:00	31.05.	AK Verwaltung:Grün! GRÜNES Zentrum Ebertplatz 23
12.04.	AK Kultur und Medien (Partei), GRÜNES Zentrum Ebertplatz 23, 19:00	07.06.	AK Wirtschaftspolitik (Partei), GRÜNES Zentrum Ebertplatz 23, 19:30
14.04.	Wer wir sind und was wir wollen, Treff für NeueinsteigerInnen, GRÜNES Zentrum Ebertplatz 23, 20:00	14.06.	AK Kultur und Medien (Partei), GRÜNES Zentrum Ebertplatz 23, 19:00
14.04.	AK Schule & Weiterbildung (Fraktion), Rathaus, Spanischer Bau, 17:30	20.06.	AK Schule & Weiterbildung (Fraktion), Rathaus, Spanischer Bau, 17:30
26.04.	AK Soziales (Partei), GRÜNES Zentrum Ebertplatz 23, 19:00	26.06.	Public Viewing zur Frauen-Fussball-WM, Eröffnungsspiel der deutschen Mannschaft Veranstalter: GRÜNE Ratsfraktion
26.04.	AK Verwaltung:Grün! GRÜNES Zentrum Ebertplatz 23	28.06.	AK Verwaltung:Grün! GRÜNES Zentrum Ebertplatz 23
		1. – 3.07.	CSD-Straßenfest, Köln, mit GRÜNEM Wagen
		02.07.	Lesbenempfang der GRÜNEN Ratsfraktion zum CSD, Spanischer Bau, 16:00
		04.07.	AK Soziales (Fraktion), Rathaus, Spanischer Bau, 18:00
		04.07.	AK Frauenpolitik (Partei & Fraktion), Rathaus, Spanischer Bau, 20:00
		05.07.	AK Wirtschaftspolitik (Partei), GRÜNES Zentrum Ebertplatz 23, 19:30
		07.07.	AK Ökologie (Partei), GRÜNES Zentrum Ebertplatz 23, 19:00
		10.07.	Bürgerbefragung zum Godorfer Hafen
			mittwochs 19:00 immer GRÜNE Jugend GRÜNES Zentrum Ebertplatz 23

Alle Termine findet ihr auch auf unserer Website www.gruenekoeln.de im Terminkalender.